Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 39

Artikel: Die chinesische Darstellung des grossen Konfliktes

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076898

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die chinesische Darstellung des grossen Konfliktes

Die Auseinandersetzung zwischen China und der Sowjetunion hat sich seit diesem Sommer von Woche zu Woche verschärft. Eine Moskauer Regierungserklärung hat das Pekinger Regime Tausender von Grenzverletzungen beschuldigt und überdies eindeutig die Partei Indiens bei seinen Territorialkämpfen mit China genommen. Der Reiseverkehr zwischen den beiden kommunistischen Grossmächten wird durch immer häufigere Zwischenfälle in Frage gestellt. Die gegenseitigen Anschuldigungen sind in einem Tone gehalten, den man sich früher ausschliesslich für den westlichen «Imperialismus» vorbehielt.

In dieser Zeit der akuten Krise hat Peking eine Darstellung vom Ursprung und von der Entwicklung des Konflikts gegeben, die über seine Anlage und seine allfällige Dauerhaftigkeit viel aussagen könnte. Die Enthüllungen (oder angeblichen) Enthüllungen laufen nämlich darauf hinaus: der Krach besteht schon seit sieben Jahren und hat sich fortwährend verschlimmert.

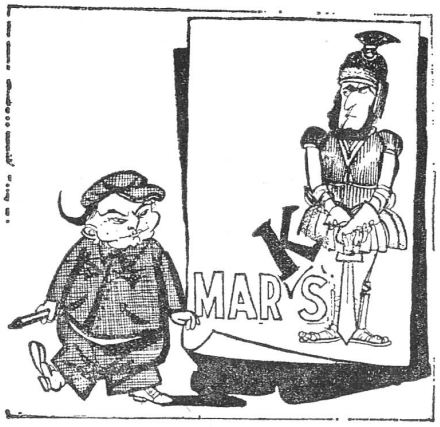
Das umfangreiche Dokument ist unter dem Titel «Die Divergenzen zwischen der KPdSU-Führung und uns — Ursprung und Entwicklung» am 6. September in der Pekinger Volkszeitung («Renmin Ribao») erschienen. Es ist als eine Antwort auf den «Offenen Brief» des KPdSU-Zentralkomitees vom 14. Juli abgefasst, umfasst aber eine regelrechte Geschichte des Konflikts, wie sie Peking darstellt. Nicht nur gibt es teils völlig neue Darstellung der Ereignisse (zum Beispiel zum Ungarnaufstand 1956), sondern es gewährt auch Einblicke in das Zustandekommen kommunistischer internationaler Verlautbarungen, die man sonst durch so offizielle Dokumente nie zu erhalten gewagt hätte. In mehreren Punkten weicht die Schilderung nicht nur von der sowjetischen, sondern auch von der bisher bekannten chinesischen Darstellung ab. Grund: Es bestehe jetzt überhaupt kein Anlass mehr, die sowjetische Parteiführung zu schonen, nachdem sie China «mit Verleumdungen überhäuft» habe.

Zweck der Publikation ist also ein Auspacken über die sowjetische Politik der Aera Chruschtschew in einem Ausmass, wie es bisher noch nicht geschah.

Es begann 1956

«Drei Fuss Eis können nicht das Werk eines einzigen kalten Tages sein.»

Mit diesem chinesischen Sprichwort beginnt der Abschnitt über die Datierung des Konflikts. Es ist bekannt, dass die «ideologische Auseinandersetzung» von Moskau auf die Veröffentlichung der chinesischen Schrift «Es lebe der Leninismus» im Sommer 1960 zurückgeführt wird. Im Unterschied dazu hatte die chinesische Darstellung den Bruch mit dem «Verrat von Camp David» (Gespräche Eisenhower—Chruschtschew) vom September 1959 motiviert. Die beiden Versionen gaben also den Anlass mit einem Jahr Unterschied an, und es war westlicher Interpretation vorbehalten, weiter zurück zu gehen (siehe KB-China-Sondernummer vom 24. Juli).



Chinas Orthographiereform (Jesch, Belgrad).

Aber jetzt führt die KPCh den Konflikt auf auf ein viel früheres und auch wesentlicheres Stadium zurück: auf den 20. Kongress der KPdSU vom Frühjahr 1956. Die sowjetische Datierung wird als «ausgemachte Lüge» zurückgewiesen.

Nun ist es der 20. sowjetische Parteikongress, der die Destalinisierung brachte und nach chinesischer Darstellung «der erste Kongress auf der Linie des Revisionismus, die folgende Entwicklung aufwies: «Entstehung, Bildung, Entwicklung und Systematisierung». Damit wird es klar, dass China keineswegs mehr nur die Politik Chruschtschews verurteilt, sondern die gesamte sowjetische Parteilinie seit mehr als sieben Jahren.

Nun ist die chinesische Stellungnahme in der Frage des Stalinismus recht heikel, weil sich die KPCh nach 1956 ebenfalls vom «Personenkult» distanzierte, und sich erst in den letzten drei Jahren zunehmend zum verstorbenen Diktator bekannte, im gewollten Gegensatz zur Sowjetunion. Jetzt geht Peking mit umfangreichen Belegen an den Nachweis, es habe Stalin nur kritisiert, nicht aber grundsätzlich verleumdet wie die KPdSU.

Einen wesentlichen Aspekt im chinesischen Angriff auf den 20. sowjetischen Parteitag stellt Chruschtschews These vom «friedlichen Uebergang» (zum Kommunismus) dar. Die Sowjetunion hat das zwar nie anders als eine Möglichkeit der Machtergreifung unter andern dargestellt, aber China leitet von da her eine «sowjetische aussenpolitische Generallinie» der Freundschaft mit den USA ab. Auf dieses Thema wird überhaupt die sowjetische Definition der «friedlichen Koexistenz» abgestimmt (was natürlich objektiv betrachtet ein Unsinn ist: die Sowjetunion hat die Koexistenz immer als ein Mittel zum kommunistischen Machtantritt verstanden und sich in diesem Sinne noch und noch geäussert).

Aber das sind noch Allgemeinheiten der nachgerade sattsam bekannten ideologischen Anschuldigungen. (Wer hätte noch vor einem Jahr daran gedacht, dass Vorwürfe dieses Kalibers im Herbst 1963 schon zu den Banalitäten gehören würden!)

Viel interessanter ist es, dass China schon damals, also ab 1956, gegen die Beschlüsse des sowjetischen Parteitags opponiert haben will. (Die Berechtigung der Einmischung wird darin gesehen, dass die sowjetische Linie selbst eine Einmischung in die übrigen KPs dargestellt habe, was übrigens stimmt, weil die KPdSU ihre Linie als verbindlich für die kommunistische Weltbewegung definierte; so bekennt sich die PdA ebenfalls zu den Prinzipien des 20. Parteikongresses.)

Mao Tse-tung (in Besprechung mit Mikoyan im April 1956 und zweimal später beim Empfang des sowjetischen Botschafters) und Liu Tschao-tschi («in Gesprächen mit Führern der KPdSU» im Oktober 1956) hätten schon damals die sowjetische Partei auf den Fehler der Entstalinisierung aufmerksam gemacht. Aehnliches wird von der These der friedlichen Koexistenz gesagt. Oeffentliche Kritik am 20. KPdSU-Kongress sei damals lediglich aus Rücksicht auf die Einheit nach aussen unterblieben. (Das tönt plausibel. Demnach wäre die sowjetische Darstellung vom diesbezüglichen totalen chinesischen Kurswechsel 1960 gelogen. Aber wir brauchten nicht darüber zu befinden, welche der beiden grössten kommunistischen Parteien der Welt notgedrungen lügen muss.) Im übrigen stellt China (und das gewiss im genauen Gegensatz zu seinen öffentlichen Verlautbarungen bis 1959) katastrophale Folgen des 20. Parteitages fest:

«Wer nicht ein kurzes Gedächtnis hat, wird sich daran erinnern, dass die Irrtümer des 20. KPdSU-Kongresses keinesfalls das gebracht haben, was man ‚bewundernswerte' oder ‚grandiose' Ergebnisse nennt, sondern vielmehr die Sowjetunion, die Diktatur des Proletariats, den Sozialismus und den Kommunismus in Verruf gebracht haben. Sie geben dem Imperialismus, der Reaktion und allen weiteren Feinden des Kommunismus eine vortreffliche Ausnützungsmöglichkeit und ziehen die schwersten Konsequenzen für die internationale kommunistische Bewegung nach sich ...»

«Sowjetischer Grossmachtchauvinismus in Polen» und «China hat Ungarn für den Sozialismus gerettet»

Das ist schon ganz massiv, aber was folgt, ist noch viel schöner: Die chinesische Veröffentlichung kommt nämlich auf die sowjetische Haltung bei den Ereignissen in Ungarn und Polen von 1956 zu sprechen, und das mit einer geradezu grotesk wirkenden Unterscheidung: In Polen habe die Sowjetunion aus purer Grossmachtpolitik militärisch eingegriffen, in Ungarn habe sie nur dank chinesischem Eingreifen das Feld nicht der «Gegenrevolution» überlassen.

Man greift sich an den Kopf, aber so steht es: *«Die schwerwiegendsten Ereignisse dieser Epoche betreffen die sowjetisch-polnischen Beziehungen und den konterrevolutionären Aufstand in Ungarn. Sie waren in ihrer Art verschieden, aber in beiden Fällen hat die KPdSU-Führung schwere Fehler begangen. Den Fehler von Grossmachtchauvinismus durch Truppenmobilisierung, um gewaltsam die polnischen Genossen zu unterwerfen (!). Zur kritischen Zeit (dagegen), als die konterrevolutionären Kräfte Ungarns Budapest besetzten, hatte die KPdSU-Führung zu einem gewissen Zeitpunkt versucht, eine Kapitulationspolitik anzunehmen und das sozialistische Ungarn der Konterrevolution zu überlassen.»*

Darauf wird auf die Bemühungen der KPCh zur Beibehaltung Ungarns hingewiesen. Die Sowjetunion habe sich die chinesischen Ueberlegungen in diesem Fall denn auch zu eigen gemacht. Und nochmals betont der chinesische Text anschliessend die schon damals erfolgte Verwerfung der Methoden des Grossmachtchauvinismus, was sich im Zusammenhang nur auf Polen beziehen kann. Noch viel toller als die Behauptung von der chinesischen Rolle bei diesen Ereignissen wirkt die gegensätzliche Behandlung der Befreiungsbewegungen in Polen und Ungarn.

Die Sowjetunion hat mit den USA ein Geheimabkommen über einen zwanzigjährigen Frieden geschlossen. Darüberhinaus verpflichte sich die UdSSR, während dieser Zeit revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen keine Hilfe zu leisten.

Diese Behauptung ist von Radio Peking ausgestrahlt worden. Auch figuriert sie in einer antisowjetischen kommunistischen Schrift, die gegenwärtig in Asien verbreitet wird. Als Verfasser zeichnet, wie die «Prawda Wostoka» von Taschkent meldet, die «Ceyloneser Trotzkistin» T. Gunaverdena. (Aus Ceylon war schon früher Zusammenarbeit der KPCh mit Trotzkisten gemeldet worden — siehe Schnappschuss KB, Nr. 34.) Die Veröffentlichung wird von der chinesischen Agentur Sin Hua propagiert.

Durch das, was auf eine Rechtfertigung der Posener Aufstände hinausläuft, spekuliert China anscheinend auf Unterstützung durch Gomulka. Chruschtschew hatte sich dem Aufstieg des nunmehrigen polnischen Parteichefs 1956 widersetzt, weil ihm der 1951 verhaftete und nach 1954 in der Versenkung lebende Gomulka zu nationalistisch und revisionistisch war, den Aufständischen zu genehm, zusammengefasst zu sehr das, was China als klassischen Fall des Renegatentums hinzustellen pflegt. Natürlich weiss Peking, dass die (zutreffende) These von der sowjetischen Militäreinmischung in erster Linie von denen geteilt wird, welche die Streiks und Unruhen als Auflehnung gegen ein kommunistisches Regime überhaupt verstanden. Aber das wird offenbar in Kauf genommen, wenn nicht gar als erwünscht betrachtet. Den ungarischen Machthabern dagegen soll glaubhaft gemacht werden, dass sie ihre Stellung von Moskaus Gnaden im Grunde doch nur Peking zu verdanken hätten (was natürlich ausgemachter Quatsch ist). Oder können uns vielleicht PdA-Angehörige, die über kommunistische Beweggründe ja Bescheid wissen müssten, eine bessere Interpretation anbieten? Jedenfalls ist der konstruierte Gegensatz von sowjetischem Grossmachtchauvinismus einerseits und sowjetischem Kapitulationsversuch anderseits, beide Male gegenüber einer gleichlaufenden Befreiungsbewegung, vorderhand einfach als Auffassung der grössten kommunistischen Partei der Welt zu registrieren, wie sehr er auch verblüffen mag.

Hinter den Einheitskulissen

Um vieles realer nehmen sich dafür die chinesischen Darlegungen aus, die auf die Plattformen der internationalen kommunistischen Bewegung Bezug nehmen. Hier wird nicht nur behauptet, sondern auch belegt, wie denn die seinerzeitigen chinesischen Stellungnahmen der Publikation als Beilagen zugefügt sind, bei denen es sich wohl nicht um Fälschungen handelt.

Hier wollen wir uns mit den beiden wichtigsten Ereignissen beschäftigen, die uns von der kommunistischen Welt immer als Ausdruck ihres einheitlichen Willens präsentiert wurden. Die chinesische Veröffentlichung lässt nun keinen Zweifel darüber, dass die Delegierten der verschiedenen KPs ihr eigenes Parteivolk und die gesamte Oeffentlichkeit wider besseres Wissen falsch informierten.
Es handelt sich um die beiden Konferenzen der «kommunistischen und Arbeiterparteien» (KP-Treffen auf Weltebene), die im Herbst 1957 und 1960 in Moskau stattfanden. Die beiden anschliessend veröffentlichten Erklärungen galten bis jetzt als offizielle Definition der Linie des Weltkommunismus. Nun ergibt sich, dass schon bei den Vorbereitungen und dann bei den Beratungen heftige Richtungskämpfe zwischen Moskau und Peking stattfanden. Beide Resolutionen kamen als mühsame Kompromisse zustande, die keine Seite befriedigten und den Hader nicht beilegten, sondern vergrösserten. Dass der Konflikt schon 1957 bestand (was vom Westen damals an Hand des Resolutionstextes nur gemutmasst werden konnte), scheint durch die vorgewiesene chinesische Dokumentation glaubhaft belegt. (Strittige Punkte waren die Definition der friedlichen Koexistenz, des amerikanischen Imperialismus, vom wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, von der führenden Rolle der KPdSU, von der These über die selbständige Handlungsfreiheit kommunistischer Länder, vom Revisionismus Titos und zahlreichen Fragen, die sich aus diesen Hauptpunkten ergaben.)

Wenn schon an der Beratung von 1957 alles andere als brüderliche Stimmung herrschte, so handelte es sich allem Anschein nach 1960 bereits um einen handfesten Krach. Dazu einige Textstellen:

«So war ein bitterer Kampf unvermeidlich geworden. Er fand vorerst in der Redaktionskommission statt ...» (wo die Dokumente für die Tagung vorbereitet wurden).

«Im November 1960 fand in Moskau die Delegiertenkonferenz der 81 Bruderparteien statt. Entgegen dem Wunsch der KPCh-Delegation und zahlreicher anderer Vertretungen ... nach Ausmerzung der Divergenzen und Stärkung der Einheiten ging die KPdSU-Führung soweit, den Delegierten ... einen Brief von 60 000 Worten mit noch brutaleren Angriffen auf die KPCh zu überreichen, was die Kontroverse bitterer als je machte.»

«In dieser ganz und gar abnormalen Stimmung wird die Konferenz ... eröffnet. Das unwürdige Procedere der KPdSU-Führung brachte die Tagung an den Rand des Scheiterns ...»
«Der offene Brief des KPdSU-ZKs erklärt, die KPCh habe ‚die Resolution angesichts der drohenden totalen Isolierung unterzeichnet'. Das ist eine Lüge mehr.»

Es folgt ein Hinweis auf die Unterstützung der KPCh durch andere Parteien, danach Beispiele von Punkten, bei denen die KPdSU umformulieren musste. Davon der interessanteste:

«Ihre falsche These (musste die KPdSU im schliesslichen Text der Erklärung fallen lassen) betreffend die Gegnerschaft zu dem, was sie (die KPdSU) die ‚Aktivität von Gruppen und Fraktionen' innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung nennt. In Wirklichkeit umschreibt diese These den Versuch, die Bruderparteien dem Stock der KPdSU-Führung gehorchen zu lassen, die Grundsätze von Unabhängigkeit und Gleichheit in den Beziehungen zwischen Bruderparteien zu liquidieren und die Einigkeit auf Konsultationswegen durch den Druck der Mehrheit zur Unterwerfung der Minderheit zu ersetzen.»

Die chinesische Delegation habe sich um der Sache willen ebenfalls zu einigen Konzessionen bereitgefunden, *«aber»*, so heisst es jetzt, *«gleichzeitig haben wir der KPdSU-Führung erklärt, dies sei das letzte Mal, dass wir die Formulierung betreffend den 20. KPdSU-Kongress durchliessen. In Zukunft würden wir das nicht mehr tun.»*

Vom Kongress selbst berichtet die chinesische Veröffentlichung, er sei «vom Anfang bis zum Ende ein Kampf zwischen den beiden Linien innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung» gewesen. Noch auffälliger ist das Facit, das Peking jetzt aus dieser Manifestation des Weltkommunismus zieht: *«So ging eine ganz und gar anormale Situation zu Ende, in der keine noch so leise Kritik an den Irrtümern der KPdSU-Führung gestattet war, die zuvor nur ihren Mund zu öffnen gebraucht hatte, um ihre Ansichten durchzusetzen. Das*

Sinkiang – Provinz der Provokation

Das ist das Gebiet, wo die Sowjets laut chinesischer Darstellung «subversive Tätigkeit von grösstem Ausmass» betrieben haben. Im Sommer 1962 gab es einen Aufruhr unter der Moslem-Bevölkerung von Ili (auch Kuldja genannt), die bei den Sowjet-Konsulaten um Waffen nachsuchte. Das wurde verweigert, worauf Tausende von Einwohnern in die sowjetischen Republiken von Karachstan, Kirgistan und Tadschikistan flohen (wo ebenfalls mohammedanische Bevölkerungsteile sind). Später schlossen die Chinesen die sowjetischen Konsulate in Ili und Urumchi und schlossen die Grenzen ab. Die sowjetische Presse berichtet dieser Tage wieder von neuen Flüchtlingen aus China, die vor allem der Hunger treibe. In diesem Zusammenhang wird sogar von Schiessereien an der Grenze geschrieben.

ist ein Ereignis von grosser historischer Bedeutung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung.»

Peking betrachtet also die Aera der sowjetischen Vorherrschaft im kommunistischen Block mit dem Jahre 1960 als abgeschlossen. Zur weiteren Entwicklung des Zwistes bringt die Publikation weniger von dem, was den Charakter eigentlicher Enthüllungen hätte. Um so massiver werden die Formulierungen, So etwa wird dem neuen sowjetischen Parteiprogramm (am 22. Parteikongress im Herbst 1961 angenommen) attestiert, es handle sich um «ein revisionistisches Programm zur Beibehaltung und Restaurierung des Kapitalismus».

Uebrigens wird in diesem Zusammenhang ein Wort von Chruschtschew an Tschu En-lai (der chinesische Regierungschef war Leiter der Delegation seines Landes am 22. KPdSU-Kongress) kolportiert: «*Die Stimme der KPCH*», so habe sich der sowjetische Parteichef geäussert, «*war damals (vor dem 20. Parteitag) für uns von grosser Bedeutung. Aber jetzt hat die Situation geändert. Unsere Lage ist gut, und wir werden unseren eigenen Weg gehen.*»

Die handfesten Mittel der Auseinandersetzung

Die rein machtpolitischen Aspekte des sino-sowjetischen Konfliktes nehmen im Text der «Volkszeitung» einen kleineren Raum ein. Immerhin sind die Stellen interessant.

Bemerkenswert ist zunächst, dass eine kommunistische Partei anscheinend schon im vornherein davon überzeugt ist, dass eine «ideologische» Meinungsverschiedenheit mit einer anderen KP handfeste machtpolitische Folgen nach sich zieht. Man scheint unter Brüdern wirklich Bescheid zu wissen:

«*Wir haben ebenfalls erwogen, dass unsere Kritik an den Irrtümern der KPdSU-Führung uns Repressalien ihrerseits eintragen werde, dass dies unweigerlich dem sozialistischen Aufbau in China schweren Schaden zufügen werde.*»

Und siehe, die Erwartung wurde nicht enttäuscht:

«*Sie (die KPdSU-Führung) antwortete ... damit, dass sie uns vielfachem Druck auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene aussetzte, dass sie immer brutalere Angriffe gegen uns vortrug.*»

Der grösste Teil der diesbezüglichen Vorwürfe ist mittlerweile bekanntgeworden: Verletzung von Abkommen über wirtschaftliche und militärische Hilfe (von 1957), Rückzug der sowjetischen Techniker in China 1960 und «Hunderte von gebrochenen Verträgen und Uebereinkünften, Einstellung gemeinsamer Publikationen und Radiosendungen, Niedergang der Handelsbeziehungen und ‚Schaffung von Komplikationen an der sino-sowjetischen Grenze'». Zu all diesen Punkten hat natürlich auch die Sowjetunion entsprechende Vorwürfe auf Lager.

Besonders aufschlussreich sind die Vorwürfe Pekings über sowjetische Subversionen in der Provinz Sinkiang. Mutmassungen über dortige Vorfälle waren zwar seit einiger Zeit im Westen zu lesen gewesen. Aber nun nehmen die Parteien selbst Stellung:

«*Im April und Mai 1962 führte die KPdSU-Leitung über ihre Organismen und ihr Personal in China subversive Aktivität von grösstem Ausmass in der Provinz Sinkiang, Region Ili, durch. Mit Versprechungen und Drohungen wurden Zehntausende von chinesischen Bürgern in sowjetisches Territorium gelockt. (Nach sowjetischer Darstellung handelt es sich um 50 000 geflüchtete Chinesen). Trotz wiederholter Proteste und Demarchen der chinesischen Regierung verweigerte die Sowjetregierung unter dem Vorwand ‚sowjetischer Gesetzlichkeit' und von ‚Humanitarismus' die Repatriierung dieser chinesischen Bürger. Bis jetzt hat der Vorfall noch keine Lösung gefunden. Das ist etwas Unglaubliches, etwas, was in der Geschichte der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten noch nie vorgekommen ist.*»

Die Veröffentlichung von «Renmin Ribao», die übrigens auch in «Hongqui» erschienen ist, hat unterdessen zwei Fortsetzungen gefunden, die den sowjetischen «Grossmachtchauvinismus» und «Revisionismus» in besonderen Aspekten behandeln, etwa dem Verhältnis Moskaus zu Belgrad. Alle Abhandlungen enthalten einen pathetischen Aufruf, zur Einheit zurückzukehren, was natürlich nach Angriffen dieser Art nicht leichter wird.

Konflikt

Kuba

Wo steht Castro?

Obwohl Kuba fast völlig von der Hilfe der Ostblockstaaten abhängig ist, vermeidet es Fidel Castro nach wie vor, in der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung Stellung zu beziehen.

Sieben Wochen sind seit der Unterzeichnung des Teststoppabkommens in Moskau vergangen. Kuba, als einziges kommunistisches Land, hat sich offiziell immer noch nicht dazu geäussert, ob es dem Abkommen beitreten wird oder nicht. China, Albanien, Nordvietnam und Nordkorea haben erklärt, dass sie das Abkommen nicht unterzeichnen werden. Alle Länder des sowjetischen Ostblocks haben sofort ihren Beitritt erklärt. Diese Unentschlossenheit scheint aber bis jetzt noch keinen Einfluss auf seine Beziehungen zum Sowjetblock gehabt zu haben. Man schätzt, dass das Land täglich etwa eine Million Dollar Unterstützung erhält. In den vergangenen Wochen mehrten sich die Anzeichen dafür, dass Moskau nicht daran denkt, irgendwelche Konsequenzen aus Kubas zweifelhafter Haltung zu ziehen:

Am 4. September wurde zwischen Kuba und der DDR ein Handelsabkommen geschlossen, das Kuba langfristige Kredite in Höhe von insgesamt zehn Millionen Dollar gewährt.

Am 11. September berichtete Radio Havana, Castro habe als persönliches Geschenk Chruschtschews ein russisches Auto erhalten, da er sich von der russischen Automobilindustrie anlässlich seines Aufenthaltes in der UdSSR sehr beeindruckt gezeigt und sich lobend geäussert hatte.

Am 16. September meldete Radio Warschau, die UdSSR werde Kuba 3500 Zuckerrohrlader liefern.

Am 19. September meldete Radio Moskau, dass 2000 Kubaner, die sich ein Jahr lang auf Fachschulen in der UdSSR aufgehalten hatten, innerhalb der nächsten Tage nach Kuba zurückkehren werden.

Aus der Presse lässt sich aber auch entnehmen, dass Kuba ebenso bemüht ist, gute Beziehungen zum kommunistischen China zu unterhalten.

Am 2. September brachte die amtliche chinesische Nachrichtenagentur ein Telegramm Castros, in dem er den chinesischen Führern für ihre Wünsche zum 10. Jahrestag des kubanischen Aufstandes vom 26. Juli dankte. In dem Telegramm hiess es weiter, er hoffe, die Freundschaft zwischen den beiden Völkern und den beiden Regierungen möge mit jedem Tag enger und stärker werden.

Am 13. September berichtete Radio Havana die Unterzeichnung eines Kulturabkommens zwischen Kuba und Albanien (Chinas europäischem Verbündeten), das den Austausch von Studenten und Schauspielern vorsieht.

Am 15. September gab die amtliche chinesische Nachrichtenagentur die Ankunft einer kubanischen Handelsdelegation unter der Leitung von Luis Mariano Silva, dem Direktor der Abteilung für Rohstoffe im kubanischen Aussenhandelsministerium, bekannt. Die Delegation wurde vom stellvertretenden Aussenhandelsminister Lu Heu-chang und anderen chinesischen Funktionären begrüsst.

Am 16. September schickte Castro ein Telegramm an die albanischen Führer und dankte ihnen für ihre Wünsche anlässlich des Jahrestages der Juli-Revolution. Er versprach ihnen, dass die Bande herzlicher Freundschaft zwischen Kuba und Albanien zur völligen Zerstörung des Imperialismus beitragen werden.

Das Bild des «Yankee-Imperialismus», das die Kommunisten in Lateinamerika entwerfen, liegt heute eher bei der propagierten chinesischen Vorstellung, wenn es auch keineswegs etwa mit der klassischen Moskauer Vorstellung unvereinbar ist.

Lateinamerika

Noch ist die Spaltung klein, aber ...

Wie weit wirkt sich Fidel Castros Zögern, im Konflikt zwischen Moskau und Peking eindeutig für die Sowjetunion Stellung zu beziehen, in den verschiedenen kommunistischen Parteien Lateinamerikas aus?

Nun, die sowjetische KP spielt auf diesem Kontinent noch eindeutig die dominante Rolle, aber die Anhänger Maos führen sich auch dort äusserst initiativ auf, wo sie nur kleinste Kontingente stellen. Ihre Bedeutung liegt nicht in ihrer zahlenmässigen Stärke, sondern in ihrer Dynamik. Darin besteht ihre Gefährlichkeit für die Vertreter der Moskauer Gruppe.

In den einzelnen Ländern präsentiert sich die Lage wie folgt:

Brasilien: Sechs ehemalige KP-Funktionäre, die vor zwei Jahren wegen «Rechtsabweichung» aus der Partei entfernt worden waren, gründeten eine Splitter-KP, deren Programm im wesentlichen auf den Pekinger Anschauungen basieren. Zum Unterschied zur moskautreuen «Brasilianischen KP» nennen sich die Anhänger Mao Tse-tungs «KP Brasiliens». Die «Moskowiter» haben etwa 30 000 Mitglieder, die